

Jürgen Kocka

## Piketty und die Ungleichheit

Thomas Pikettys Buch *Das Kapital im 21. Jahrhundert* wurde begeistert rezipiert, als es 2014 in englischer und deutscher Übersetzung erschien. Das Buch versprach, die inneren Gesetze des modernen Kapitalismus zu erklären und dabei auf die ihm eigene Tendenz einzugehen, die Gesellschaft zwischen Arm und Reich zu spalten. Ausdrücklich adressierte Piketty die seit den 70er Jahren in vielen Gesellschaften beobachtbare Verschärfung der Einkommens- und Vermögensungleichheit als Ausgangsproblem. Wie ließ sie sich erklären? War sie zu rechtfertigen? Was bedeutete sie für Gesellschaft und Politik? Der Autor, ein französischer Wirtschaftswissenschaftler, griff weit in die Geschichte zurück, um diese Fragen zu beantworten. Sein Buch sei sowohl ein ökonomisches als auch ein historisches Buch, schrieb er. Auch damit unterschied er sich vom Mainstream der Ökonomen, den er heftig kritisierte.

Bei aller fachwissenschaftlichen Kritik, die an ihm geübt worden ist und die eindeutig zunimmt, bleibt das Buch ein großer Wurf, ein »Epochenwerk« (Hartmut Kaelble), jedenfalls was seine Behandlung der wieder wachsenden Vermögensungleichheit und damit eines der brisantesten sozialen Probleme der Gegenwart angeht.

Die Zusammenstellung neuer statistischer Daten zur Vermögensverteilung vom späten 18. Jhd. bis heute in ausgewählten Ländern besonders Europas und Nordamerikas gehört zu den großen Leistungen des Buches. Die meist auf Steuerunterlagen basierenden, im Einzelnen unsicheren, aber den Gesamttrend zuverlässig dokumentierenden Daten erlauben eine neue Periodisierung. In den noch vornehmlich agrarischen Gesellschaften Englands und Frankreichs war die Ungleichheit um 1800 groß. Die oberen 10 % besaßen fast 90 %, das

oberste eine Prozent besaß etwa 50 % des gesamten Volksvermögens. Die große Ungleichheit kam also nicht erst mit dem Industriekapitalismus des 19. Jhdts., der sie jedoch weiter geringfügig verschärfte, mit Höhepunkten um 1910, allerdings sehr viel ausgeprägter in Europa als im damals noch viel egalitäreren Nordamerika.

Für die Zeit der Weltkriege des 20. Jhdts. diagnostiziert Piketty einen deutlichen Rückgang der Vermögensungleichheit. Diesen schreibt er vor allem den kriegs- und krisenbedingten Zusammenbrüchen, vor allem dem Verlust großer Vermögen zu. Doch er nennt auch steuer- und sozialstaatliche Maßnahmen, die dann vor allem im dritten Viertel des 20. Jhdts., zusammen mit einem raschen Wirtschaftswachstum, dafür sorgten, dass sich die Ungleichheit zunächst nicht wieder verschärfte. Während die obersten 10 % in England und Frankreich um 1910 etwa 90 % des Gesamtvermögens besaßen, sank dieser Anteil bis in die 70er Jahre auf 60-70 %. In demselben Zeitraum sank dort der von dem reichsten einen Prozent besessene Anteil des Gesamtvermögens von 60-70 auf 20-30 %. Soweit erkennbar, war dies ein allgemeines Muster, das ähnlich in anderen europäischen Ländern und in den USA auftrat.

Dagegen nimmt die Vermögensungleichheit seit den späten 70er Jahren wieder deutlich zu und erreicht in einigen Ländern, so in den mittlerweile besonders ungleichen USA – nicht aber in Europa –, längst wieder den Stand wie vor 1914. Piketty scheint dies als eine Art von Rückkehr zum innerkapitalistischen Normalmaß nach den Katastrophen des 20. Jhdts. zu verstehen, nennt jedoch die Spreizung der Einkommen (exorbitante Managergehälter zum Beispiel), die Deregulierung sowie den Rückbau von steuer- und sozialstaatlichen Korrekturmaßnahmen im Zeichen

des Neoliberalismus der letzten Jahrzehnte als zusätzliche Ursachen.

Besonders herausfordernd bleibt der zweite zentrale Beitrag des Piketty-Buches: seine These, dass langfristig und im Durchschnitt die Einkommen aus Kapitalbesitz höher liegen als die Rate des volkswirtschaftlichen Wachstums und auch höher als die aus Arbeitsleistung erzielten, ja erzielbaren Einkommen. Langfristig ziehen damit die Bezieher von Einkommen aus Erwerbsarbeit (vor allem aus Lohnarbeit) den Kürzeren im Vergleich zu den Beziehern von Einkommen aus Vermögen (z.B. aus Zinsen und Dividenden). Die Konzentration der Vermögen nimmt zu. Und innerhalb der Vermögen wächst der Anteil, der aus Vererbung stammt und nicht durch die Vermögenden selbst erworben worden ist. Damit beschreibt Piketty zunehmende Ungleichheit als Konsequenz kapitalistischer Marktmechanismen unter bestehenden Rechtsverhältnissen, nicht etwa als Ergebnis von Marktversagen. Er erwartet die Fortsetzung dieses Trends in der Zukunft. Er warnt vor der großen Gefahr eines »patrimonialen Kapitalismus«, in dem nicht mehr aktuell erbrachte Leistung belohnt wird, sondern die Erben früherer Leistungsträger aufgrund verwandtschaftlicher Verbindungen privilegiert sind. Er sieht in dieser anti-meritokratischen Ungleichheit eine Herausforderung der demokratischen Grundwerte westlicher Gesellschaften, gemäß denen Ungleichheit aus »rationalen« und »universalen« Prinzipien begründet und letztlich nützlich für alle sein müsse.

Um dies zu verhindern, schlägt Piketty die Einführung einer global wirksamen, progressiv gestaffelten Erbschaftssteuer mit einem Grenzsteuersatz von mehr als 80 % sowie hohe Vermögenssteuern – mindestens 10 % für Milliardäre – vor. Er weiß, dass dies eine »utopische Idee« ohne Realisierungschance ist. Denn es gibt auf absehbare Zeit keinen global wirksamen staatlichen Mechanismus, der die Macht und die Legitimität hätte, um so etwas durchzusetzen.

Die Kritik hat nicht nur den illusionären Charakter von Pikettys Lösungsvorschlag geißelt. Sie wirft ihm auch richtigerweise vor, das Verhältnis zwischen der funktionalen Verteilung (des Einkommens aus den unterschiedlichen Quellen Kapital und Arbeit) und der personellen Verteilung (des Vermögens auf das oberste Zehntel oder Hundertstel der Vermögenden und den Rest) nicht hinreichend geklärt zu haben. Sie bemerkt, dass Pikettys Ungleichheitsanalyse sich sehr stark auf die Spitzen der Gesellschaft konzentriert und die Ungleichheit in der Mitte und an der Basis der Vermögens- und Einkommenspyramide ebenso außer Acht lässt wie andere Dimensionen sozialer Ungleichheit.

Auch kann mit gutem Grund bezweifelt werden, ob der Vorsprung der realen Kapitalrendite vor der volkswirtschaftlichen Wachstumsrate und vor der Entwicklung der Einkommen aus Erwerbsarbeit wirklich ein Naturgesetz des Kapitalismus darstellt. Ändern sich die Verhältnisse nicht gerade grundlegend angesichts der globalen Geldschwemme und der sich abzeichnenden, durch den demografischen Wandel bewirkten Verknappung qualifizierter Arbeitskräfte? Zu Recht wirft man Piketty vor, die Wirkung der Arbeitsmärkte eigentlich gar nicht zu analysieren. Er untersucht auch nicht wirklich die komplizierte Verbindung zwischen den Ungleichheit begründenden und den produktiven Funktionen des Kapitals im Kapitalismus.

Trotzdem handelt es sich um ein bahnbrechendes Werk. Zusätzlich zu seinem erheblichen empirischen Erkenntnisgewinn rückt es zentrale Fragen unserer Gegenwart auf die Tagesordnung. Es gibt Anlass zu ihrer Diskussion in neuem Licht, auch über Pikettys eigene Schlussfolgerungen hinaus. Ich hebe drei Diskussionspunkte hervor:

1. Ausgeprägteste Vermögens- und Einkommensungleichheit ist, das macht Piketty klar, nicht auf Länder mit kapitalistischen Wirtschaftsordnungen begrenzt. Es

gilt auch nicht der Satz: je kapitalistischer, desto ungleicher. Dieser Befund wird übrigens durch die bekannten Rangordnungen von Ländern je nach Grad der mit dem Gini-Koeffizienten gemessenen Einkommensungleichheit bestätigt. Afrikanische und lateinamerikanische Länder führen diese Ranglisten an. Im universalgeschichtlichen Vergleich dürfte sich herausstellen, dass Ungleichheit mit dem modernen Kapitalismus und den gesellschaftlichen und politischen Veränderungen, die ihn häufig begleiten, abgenommen, nicht zugenommen hat.

2. Pikettys Zahlenreihen zeigen, dass sich kapitalistische Systeme im zeitlichen wie im internationalen Vergleich ganz erheblich in Bezug auf die in ihnen bestehende Vermögens- und Einkommensungleichheit unterscheiden. Piketty überbetont wohl die Ungleichheit reduzierenden Folgen der Kriege und Krisen 1914-1945. Er untersucht nicht genau genug das dritte Viertel des 20. Jhdts., in dem es offenbar in verschiedenen Ländern mit Mitteln der Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik gelang, die dem Kapitalismus eigene Tendenz zur zunehmenden Ungleichheit der Einkommen und Vermögen zu bremsen und zu kompensieren. Man sieht, was politisch möglich ist. Auch international vergleichende Verteilungsstatistiken, die anders als Piketty mit dem Gini-Koeffizienten arbeiten, bestätigen das. Wenn man sich die Verteilung der Brutto-Einkommen (also vor Steuern und Transferzahlungen) in den OECD-Ländern genau anschaut, sieht man z.B., dass Deutschland sich mit den USA und Großbritannien im obersten Drittel der Rangliste befindet und also zu den in dieser Hinsicht ungleichen Ländern zählt. Betrachtet man dann die Netto-Einkommensverteilung (also nach Steuern und erfolgten Transferzahlungen), dann sieht man, dass Deutschland zur unteren Hälfte (also zu den weniger ungleichen Ländern) gehört, während die USA und Großbritannien zusammen mit Chile, der Türkei und

Israel die Spitzenplätze einnehmen, also in punkto Einkommensungleichheit führen (Zahlen für 2011). Noch viel weniger Ungleichheit weisen die skandinavischen Länder auf, die ebenfalls kapitalistische Wirtschaftsordnungen besitzen. Die Politik macht den Unterschied, insbesondere die Sozial- und Steuerpolitik.

3. Aber trotzdem gilt, dass es einen inneren Zusammenhang zwischen Kapitalismus und der Zunahme von Einkommens- und Vermögensungleichheit gibt. Wenn man die Märkte sich selbst überlässt, wirken sie sehr häufig nicht in die Richtung größerer Gleichheit. Man kann ein Stück weit politisch gegensteuern und sollte es stärker tun als bisher. Exorbitante Einkommens- und Vermögensunterschiede widersprechen nicht nur demokratischen Gleichheits- und Fairness-Erwartungen, sondern auch den meritokratischen Grundprinzipien kapitalistisch-bürgerlicher Ordnungen, denen sie ihre Kraft und ihre historische Überlegenheit verdanken. Mithilfe der Erbschaftssteuer lässt sich beispielsweise viel mehr an Korrektur hypertropher Vermögensungleichheit erreichen, als es derzeit der Fall ist. Der Mindestlohn wird sich, folgt man Piketty und seinen am französischen Beispiel gewonnenen Einsichten, als Faktor der Milderung von Einkommensungleichheit erweisen. Anderes ist möglich.

Aber auch wenn man die Mittel des Sozial- und Steuerstaats entschiedener nutzt als bisher, wird die Ungleichheit der Vermögens- und Einkommensverteilung immens bleiben. Man mag das aus politischen und moralischen Gründen bedauern. Zwei Konsequenzen sind zu empfehlen, eine praktische und eine theoretische.

Zum einen kann man, und dies geschieht ja auch längst (in Deutschland mehr als beispielsweise in den USA), die sozialen und politischen Auswirkungen ökonomischer Ungleichheit eindämmen, vor allem indem man besonders relevante Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Le-

bens, z.B. Gesundheitsversorgung und Bildung, so ausgestaltet, dass der Zugang zu ihnen nicht oder kaum von den ökonomischen Ressourcen der einzelnen abhängt. Oder man erschwert, beispielsweise durch die Begrenzung von Wahlkampfspenden, dass ökonomische Vorsprünge direkt in politische Macht übersetzt werden können. Auch lässt sich auf unterschiedliche Weise dazu beitragen, dass die Ansammlung großer Vermögen nicht identisch ist mit der Vermehrung ökonomischer Entscheidungsmacht.

Zum anderen empfiehlt es sich, das Verhältnis von ökonomischer Ungleichheit und allgemeiner Wohlfahrt wie auch das Verhältnis von ökonomischer Ungleichheit und Demokratie neu zu durchdenken. Nicht immer steht ökonomische Ungleichheit der Zunahme von Wohlfahrt der vielen und der Realisierung von Demokratie im Weg. Der riesengroße Fortschritt an

Wohlfahrt und Lebenschancen der vielen, die in der Gesellschaftsgeschichte der letzten zwei Jahrhunderte in unserem Teil der Welt stattgefunden hat, ging nicht mit einem durchgreifenden Abbau von ökonomischer Ungleichheit Hand in Hand. Wo insofern Demokratie gelang, geschah dies nicht auf der Basis ökonomischer Gleichheit.

Es gibt zu denken, dass, wie Piketty zeigt, die Reduktion von Ungleichheit in der ersten Hälfte des 20. Jhdts., zugleich mit tiefen Krisen, verbreitetem Elend, Scheitern der Demokratie und massenhaftem Sterben einherging und mit diesen katastrophalen Seiten moderner Geschichte auch innerlich verbunden war. Es gilt neu zu bedenken oder auch nur in Erinnerung zu rufen, unter welchen Bedingungen ökonomische Ungleichheit der allgemeinen Wohlfahrt und wirklichen Demokratie im Weg steht und wann nicht. Das ist nicht Pikettys Thema, aber sein Buch regt zu solchen Überlegungen an.



**Jürgen Kocka**

Professor (em.) für Geschichte an der FU Berlin und Herausgeber der NG|FH, war Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Im September erscheint im Verlag J.H.W. Dietz Nachf.: *Arbeiterleben und Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse.*  
kocka@wzb.eu

Ralf Stegner

## Mehr Gleichheit aus sozialdemokratischer Sicht

Thomas Pikettys Buch *Das Kapital im 21. Jahrhundert* ist sehr beachtenswert, gerade dort, wo es von den ungleichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen speziell in Europa und den USA im historischen Verlauf bis in die heutige Zeit handelt, die der Autor vor allem mit Steuerdaten belegt. Schon allein diese riesige Datensammlung ist ein großer Verdienst.

Entscheidend ist aber seine Analyse: Ungleichheit ist kein zufälliges, sondern ein erwartbares Merkmal des Kapitalismus. Die Vergrößerung der Ungleichheit ist im Kapitalismus die Norm, da Einkom-

men aus Kapital in der Regel stärker wachsen als die Gesamtwirtschaft.

Trotz einiger Kritik, die es am Buch gab und gibt, hat es in den Feuilletons quasi aller politischen Medien, in der Wissenschaft, auch in der Politik eine neuerliche große Diskussion über die klassische Frage nach der Gerechtigkeit in der Vermögensverteilung und das notwendige Maß an Gleichheit angeregt.

Das ist auch nötig, denn die aktuelle Empirie in Deutschland zeigt: Die Vermögensungleichverteilung nimmt aktuell nicht ab. Mit einem Gini-Koeffizienten,